

Besprechungen

Ernst Topitsch: Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft.
Neuwied und Berlin 2. Aufl. 1966. Hermann Luchterhand. 363 S.

Es ist für einen Rezensenten eine mißliche Sache, die in einem Sammelband vereinigten Aufsätze in der gebotenen Kürze zu besprechen. Immerhin lassen sich bestimmte Leitgedanken feststellen, die dem Ganzen das Gepräge geben. Gemeint sind die philosophischen und ideologischen Wertvorstellungen, die den Gegenstand einer empirisch-rationalen Kritik bilden. Die traditionelle Philosophie und die sich den Gesellschaftsgruppen anbietenden sozialen Ideologien operieren nach der Meinung des Autors mit Gedankengebilden absoluten Geltungsanspruches. Man sei überzeugt, in einer „wahren Welt“, einem „wahren Staat“, einer „gerechten Ordnung“ usw. zuverlässige Wegweiser für eine vernünftige Lebensgestaltung gefunden zu haben. Gewinne das wissenschaftliche Denken Distanz zu Weltbildern, dann zeigten sich deutlich die Scheinargumente, die den Bestand jener Geistesgebilde sichern. Genau gesehen, handele es sich bei allen „Wahrheiten über das Wesen der Menschen“, besonders bei den Naturrechtslehren, um „Systeme von Zirkelschlüssen und Leerformeln“, „die zur Verteidigung oder Bekämpfung jeder nur denkbaren bestehenden oder erwünschten Rechts- und Sozialordnung gebraucht werden können und dieser ihrer uneingeschränkten Manipulierbarkeit ihren so unbestreitbaren geschichtlichen Erfolg verdanken“ (S. 37; vgl. S. 177). „Es mag zweckmäßig sein, diesen ganzen Komplex als Bereich des ideologischen Denkens im weiteren Sinne zu bezeichnen“ (S. 41). Auch die sogenannten ewigen und unerschütterlichen Menschenrechte seien leere Formeln, die den Menschen gänzlich im Stiche ließen, wenn er in einer konkreten Situation wissen möchte, wie er sich im Sinne des Wahren, Guten und Gerechten zu verhalten habe. Diesen Leitideen lägen „willkürlich gewählte Festsetzungen“ zugrunde, so daß man sich schließlich an vorgegebenen Zielen und Zwecken, wie z. B. an Nutzen, Erfolg oder am Heil der Seele orientieren würde. Es komme auf die Situation an, in der dieses oder jenes dem einzelnen oder der Gesamtheit als wünschenswerter Zweck erscheine (vgl. S. 68 ff.).

Eine ähnliche Leerformel, wie sie in den normativen Ideen gegeben sei, stelle die durch *Hegel* und *Marx* zu großer Bedeutung gekommene dialektische Methode dar; „auch sie leitet sich aus archaischen Überlieferungen her, und zwar vor allem aus dem Mythos von Fall und Wiederaufstieg der Seele, dem wir schon bei *Platon* begegnen“ (S. 37; vgl. S. 285). Gleiches gelte von der sogenannten Selbstentfremdung

des Menschen, welche *Marx* aus theologischen und methaphysischen Spekulationen zu einer scheinbar empirisch beweisbaren These entwickelt hat. Dabei distanziert sich *Marx* freilich auch von den „abstrakten Empirikern“, „offenbar, da sie nicht bis zur Deutung des historischen Geschehens als eines dialektischen Prozesses von Verlust und Wiedergewinnung des Menschen durchgedrungen sind“ (S.320).

Die Dialektik, die Lehre von der Selbstentfremdung, die Naturrechtslehre, überhaupt die Lehren vom Wahren und Wesentlichen seien erfahrungsmäßig unkontrollierbare spekulative Theorien. „Diese und verwandte Vorstellungen, die zur Erlösung von der Erfahrungswelt ersonnen sind, lassen sich zur theoretischen Darstellung der Erfahrungswelt kaum gebrauchen. Allenthalben suche man vergeblich eine empirisch brauchbare, operationale Definition. Dies gelte auch für den Begriff des Proletariats, wie umgekehrt für den des wahren Menschen. „Durch den Verzicht auf objektive Prüfbarkeit ... verliert eine so verstandene Ideologienlehre jeden Informationsgehalt, gewinnt aber eine praktisch unbeschränkte politische Manipulierbarkeit, was ihrer Beliebtheit und Verbreitung sehr förderlich sein kann“ (S.327).

Es ist nun gewiß so: Was zu einer Zeit als gut und recht und wahr und menschenwürdig gegolten hat, ist zu anderer Zeit als schlecht und menschenunwürdig verurteilt worden. Solch ein Hinweis trifft jedoch nicht das Wesentliche. Gut ist nicht gleichbedeutend mit dienlich und nützlich. Auch der selbstloseste Parteigänger und Staatsdiener kann sich fragen, ob solcher Dienst auch gut ist. Bin ich noch ich selbst oder bin ich nur ein Nachbeter und Nachtreter? Ist die Behandlung, die mir in einer bestimmten Situation widerfährt, gerecht? Wir mögen noch so ironisch über die Leerformel der Gerechtigkeit spotten, es vergeht uns der Spott, wenn wir selbst Ungerechtigkeit an Leib und Leben erfahren. Alle erwähnten normativen Werte gehen uns in ihrem Sinn und ihrer Bedeutung erst in einer konkreten wertwidrigen Situation auf. So ist die proletarische Existenz, gekennzeichnet durch materielle Mittellosigkeit oder sonstige Funktionsminderung des Menschen, der Erkenntnisgrund (*ratio cognoscendi*) für den Sollbegriff des Menschen. Erst das Erlebnis des Unmenschlichen bzw. das Mitleiden mit einer unmenschlichen Existenzweise öffnet das geistige Auge für das konkrete Humanum. Ursprüngliche Erlebnisinhalte können freilich auf dem Wege isolierender Abstraktion zu bloßen Phrasen werden. Die allgemeinen Menschenrechte, und was immer für Vernunftbegriffe es sein mögen, werden zu Leerformeln bzw. zu nichtssagenden abstrakten Forderungen, wenn sie vom Erlebnis losgelöst werden.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die Ideologiekritik von Ernst Topitsch Interesse und aktuelle Bedeutung. In Philosophie und Ideologie ist, wie der Autor zu Recht betont, der suchenden Menschheit oft nur ein Arsenal von Leerformeln angeboten oder aufgezwängt worden, denen tatsächlich jeder echte und ursprüngliche Erlebnisgehalt fehlt.

Herbert Schack, Berlin

Friedrich Lenz in Verbindung mit *Carl Föhl* und *Claus Köhler* (Hrsg.): Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Bruno Gleitze zum 65. Geburtstag am 4. August 1968. Berlin 1968. Duncker & Humblot. XI, 526 S.

Zur Vollendung seines 65. Lebensjahres ist Bruno Gleitze von Freunden, Kollegen und Mitarbeitern mit dieser stattlichen Festschrift bedacht worden, die in ihren vielfältigen wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen und -politischen Bezügen Persönlichkeit und Werk des Jubilars getreulich widerspiegelt. Die einleitende laudatio zeichnet in knappen Strichen ein treffendes Bild von der menschlichen und geistigen Herkunft, Entwicklung und Leistung Gleitzes, der seinem weit ausgreifenden Schaffen als empirischer Wirtschafts- und Sozialforscher und im anspruchsvoll gehäuften Pflichtenkreis von Hochschul-, Verwaltungs-, Partei- und Gewerkschaftsämtern stets der Verbindung von politischem Engagement und Leidenschaft zur Wirklichkeitserhellung verpflichtet blieb und auch unter bedrängenden politischen Umständen die Eigenständigkeit seines Denkens und Handelns bewahrte.

Die Sammlung ist in fünf Abschnitte gegliedert. Der erste umschließt unter dem einigermaßen unverbindlich formulierten Generalthema „Sozialökonomische Grundfragen“ die Abhandlungen „Sozialpolitik als sozialökonomische Strukturpolitik“ (Ludwig Preller), „Vom Pauperismus zum Proletariat — Friedrich List, die Arbeiterfrage und Karl Marx“ (Friedrich Lenz), „Zur Begriffsbestimmung der politischen Zeitschrift“ (Wilmont Haacke), „Die Genossenschaften in der Marktwirtschaft“ (Werner Gebauer) und „Armut in der Wohlstandsgesellschaft“ (Stephanie Münke).

Der zweite Abschnitt vereint aus dem Bereich „Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung“ die Beiträge „Kontrolliertes Wachstum als wirtschaftspolitisches Ziel“ (Klaus Dieter Arndt), „Mittelfristige Vorausschätzungen und Wirtschaftspolitik — Erkenntnisse aus einem Versuch der EWG-Kommission“ (Gerhard Fürst), „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Wirtschaftspolitik“ (Hildegard Bartels), „Erfahrungen mit der Geldstromanalyse“ (Claus Köhler), „Finanzwirtschaftliche Probleme in einer wachsenden Wirtschaft“ (Ursula Krips), „Moderne Konjunkturanalyse und sozialistische Wirtschaftspolitik“ (Karl Kühne), „Voraussetzungen und Grenzen der Globalsteuerung“ (Ludwig Bußmann), „Kreditwirtschaftliche Steuerung von Unternehmerentscheidungen“ (Herbert Martell), „Arbeitsmarktpolitik und Sozialplanung“ (Heinz Markmann), „Das Lenkungsproblem auf dem Arbeitsmarkt“ (Alfred Christmann) und „Einige Bemerkungen zum Problem der Betriebsgrößenklassen-Verteilung der Industrie in Berlin/West“ (Rolf Kregel).

Dem Thema „Das Verteilungsproblem in der modernen Wirtschaft“ widmen sich im dritten Abschnitt die Artikel „Verteilungstheoretische Grundfragen der Lohnpolitik“ (Wilhelm Krelle), „Zur Problematik geldwertneutraler Lohnbildung“ (Carl Föhl), „Einkommenspolitik und Verteilungskonflikte in einer freiheitlichen Gesellschaft — Zur Kritik

einer technokratischen Konzeption“ (Siegfried Katterle), „Orientierungsdaten einer zeitgemäßen Lohnpolitik“ (Rudolf Henschel) und „Gewerkschaftspolitische Einkommenspolitik in der sozialen Marktwirtschaft“ (Herbert Ehrenberg).

Im vierten Abschnitt werden angeschnitten „Grundfragen der Unternehmensgestaltung“ in den Aufsätzen „Unternehmenspolitik und Organisation der Führung (Konrad Mellerowicz), „Rationalisierung als gesellschaftliche Kategorie — Einige Überlegungen zum Begriff der Rationalisierung“ (Hans Wolfgang Büttner), „Unternehmenssphäre im pluralistisch verfaßten Personalunternehmen“ (Otto Kunze) und „Die Personal- und Sozialorganisation im modernen Großunternehmen“ (Harald Koch).

Dem Fragenbereich „Wirtschaftspolitik in der Ost-West-Spannung“, dem Gleitze schon seit langem sein besonderes Augenmerk schenkt, gelten im fünften Abschnitt die Beiträge „Die Bedeutung der Wirtschaftsreformen in den osteuropäischen Volkswirtschaften für Umfang und Struktur der Investitionen“ (Karl C. Thalheim), „Die Zentralverwaltungswirtschaft am Scheidewege“ (Erik Boettcher), „Die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit den Ländern Osteuropas“ (Karl-Heinz Sohn), „Zum Wirtschaftsvergleich zwischen Bundesrepublik und Mitteldeutschland“ (Ferdinand Friedensburg), „Betriebswirtschaftliche Aspekte der Wirtschaftsentwicklung in Mitteldeutschland“ (Wolfgang Förster) sowie „Die Bevölkerung in Mitteldeutschland im Spiegel der ersten Nachkriegsstatistik“ (Arwed Homann). Den Beschluß macht ein Verzeichnis der Schriften Gleitzes mit nahezu 200 Einzeltiteln seit 1927.

Antonio Montaner, Mainz

Herbert Pönicke: Studien zur Wanderung sächsisch-thüringischer Handwerker in die baltischen Provinzen im 18. und 19. Jahrhundert. Hamburg 1968. Ludwig Appell Verlag. 146 S.

Mit der Behandlung eines bisher kaum gesehenen Problems setzt Pönicke hier die stattliche Reihe seiner wertvollen Veröffentlichungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Sachsens fort. Dabei stützt er sich auf Göttinger und Marburger Archivalien, u. a. auf den Nachlaß des Rigaer Architekten Prof. Paul Campe. Wesentlich ist auch, daß er dank der großzügigen Hilfe, die die Deutsche Forschungsgemeinschaft gewährte, einschlägige Bestände mehrerer Archive in Stockholm und Helsinki durcharbeiten und auswerten konnte.

Gezeigt wird, daß bereits seit dem 16. Jahrhundert aus dem mitteldeutschen Raume außer den Kaufleuten auch Handwerker abwanderten, vor allem Maurer, Steinmetzen, Zimmerleute, Tischler, Drechsler, Orgelbauer, Stück- und Glockengießer, Gärtner, Huf- und Waffenschmiede, Fleischer und Schneider. Nachgewiesen werden dabei u. a. soziale und wirtschaftliche Verhältnisse dieses Personenkreises, dann die geographische Herkunft im einzelnen (die Abwanderungsorte sind auch im Register zusammengestellt) sowie die Städte, in denen sich Sachsen und Thüringer für kürzere bzw. längere Zeit niederließen

und wo gegebenenfalls die Nachkommen mehrere Generationen lang gewirkt haben. Riga und Reval stehen an erster Stelle, es gehören dazu kleinere Städte wie Goldingen, Pernau und Libau. Selbstverständlich wird den vielfachen Gründen, die die Abwanderung veranlaßten, nachgegangen, ebenso werden Perioden einer verhältnismäßig starken und dann wieder schwachen Wanderungsbewegung unterschieden, während des 19. Jahrhunderts ließ die wachsende Industrialisierung der Heimat den Anreiz, ein gesichertes Auskommen in der Fremde anzustreben oder gar einen wirtschaftlichen Aufstieg zu versuchen, allmählich versiegen. Eines der Hauptanliegen des Verfassers ist, die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Wanderungen zu erkennen, also die Leistung für die neue Heimat in Gewerbe, Handel und auch Kunst. Mit diesem Nachweis des Einflusses Mitteldeutscher auf die Kultur des Baltikums erhärtet Pönicke das, was er in seinem etwa gleichzeitig erschienenen Aufsatz „Sächsisch-thüringische Maler in den baltischen Provinzen des 18. und 19. Jahrhunderts“ feststellen konnte.

Eberhard Schmieder, Berlin

Krisztina Maria Fink: Die österreichisch-ungarische Monarchie als Wirtschaftsgemeinschaft. München 1968. Dr. Trofenik-Verlag. 87 S.

Zweck dieser Studie ist es, „einen historischen Beitrag zu aktuellen europäischen Integrationsproblemen zu leisten“. Die Verfasserin wählt dazu aus dem an Zollunions- und Integrationsvorschlägen und -versuchen so reichen 19. Jahrhundert die Beziehungen der beiden teilweise selbständigen, teilweise unter der Krone Habsburg vereinten Länder Österreich und Ungarn. Von der zwangsweisen Herstellung der inneren Wirtschaftseinheit beider Staaten 1850 bis zum politischen Ausgleich von 1867 und der folgenden Zeit des Zoll- und Handelsbündnisses wird das Schicksal der österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgemeinschaft verfolgt, wobei deutlich wird, daß die integrationshemmenden Faktoren nach 1867 noch spürbarer werden, das äußere Gefüge der Wirtschaftsgemeinschaft mehr und mehr sich lockert (1903 proklamiert Ungarn wieder einen autonomen Zolllarif) und in entscheidendem Maße funktionsfähige gemeinsame Institutionen nicht zustande kommen. Wachsender Nationalismus und fehlender politischer Einigungswille lassen — das ergibt sich als Fazit aus den Darlegungen der Verfasserin — jegliche wirtschaftliche Integration scheitern. So wird verständlich, daß das ausgehende 19. Jahrhundert bestenfalls zu Zollunionen, aber nicht zu weiterreichenden Wirtschaftsgemeinschaften bereit war. Wenngleich zwischen Österreich und Ungarn mehr als eine reine Zoll- und Handelsunion erreicht wurde — so gab es z. B. gemeinsame Bestimmungen über das Verkehrswesen, das Bankwesen, die Währung u. a. m. —, blieb doch mit dem ungarischen Wunsch nach Unabhängigkeit und völkerrechtlicher Selbständigkeit einer weitergehenden Integration jede Chance verschlossen. Hinzu kommt, wie die Verfasserin in einem Vergleich mit den EWG-Bestimmungen nachweist, daß keine Möglichkeiten bestanden, die Entwick-

lungsunterschiede beider Staaten auszugleichen, Gegensätze zwischen Agrar- und Industriegebieten zu mildern, eine gemeinsame Wettbewerbspolitik zu betreiben u. ä. m. Wenn sich auch die Gegebenheiten Österreich-Ungarns und der EWG von heute wesentlich unterscheiden, so zeigen doch Studien dieser Art, wie sehr sich die grundlegenden Fragen über Gelingen oder Scheitern einer Wirtschaftsgemeinschaft ähneln (vgl. S. 81).

Sinnvoll wäre es gewesen, hätte die Verfasserin versucht, einmal die Erkenntnisse der Theorie der Zollunion auf die österreichisch-ungarische Wirtschaftsgemeinschaft anzuwenden (z. B. S. 62, 78), wie dies Jan Krulis *Randa* für die nur als Plan bestandene deutsch-österreichische Zollunion von 1931 getan hat. Auch der Einfluß des deutschen Zollvereins auf die österreichisch-ungarischen Einigungsbestrebungen 1850 kommt etwas kurz (S. 23/24), das Literaturverzeichnis weist kleinere Lücken auf (z. B. vermißt man *Todorovits*, *Pentmann* u. a.).

Nach den wenig ermutigenden Integrationsergebnissen der österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgemeinschaft bleibt für die Länder der EWG die Hoffnung, daß es sich hier nicht um künstlich durch das Band der Monarchie zusammengeführte, nach endlicher Selbständigkeit drängende Länder handelt, sondern um souveräne Staaten, die darüber zu entscheiden haben, wieviel dieser Souveränität sie freiwillig aufzugeben bereit sind — nicht aber, wieviel sie erringen können. Trotzdem ist die Arbeit von Fink eine lehrreiche Ergänzung der innerhalb der EWG auftretenden Schwierigkeiten und der Versuche, sie zu überwinden.

Harald Winkel, Aachen

Dieter Petzina: Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan. Stuttgart 1968. Deutsche Verlags-Anstalt. 204 S.

Die Arbeit von Petzina ist einer Thematik gewidmet, die seit dem Zweiten Weltkrieg nur geringes wirtschaftswissenschaftliches Interesse gefunden hat, obgleich die Grundgedanken der nationalsozialistischen Wirtschaftsplanung und Autarkiepolitik trotz aller Liberalisierungs- und Integrationsbestrebungen inzwischen keineswegs als völlig überholt und überwunden anzusehen sind. Schon allein deshalb ist es auch als verdienstvoll zu bezeichnen, wenn, wie im vorliegenden Fall, der Versuch unternommen wird, jene noch immer zwielichtige Entwicklungsphase der deutschen Wirtschaftspolitik aufzuhellen.

Nach einer kurzen Darlegung der allgemeinen politisch-ökonomischen Hintergründe und der aktuellen Motivationen, die seinerzeit zur nationalsozialistischen Planungsentscheidung geführt haben, werden im zweiten, mit Abstand umfangreichsten Teil des Buches von Petzina die organisatorischen Grundlagen, die zentralen Zweckbestimmungen, die Konzeption sowie deren Änderung und die Durchführung der Vierjahresplanung in den Jahren 1936 bis 1942 eingehend dargestellt, wobei es dem Verfasser vor allem auch darauf ankommt, die dama-

lige enge Verquickung von Macht- und Wirtschaftspolitik aufzudecken und von ihrem propagandistischen Überbau zu befreien. Auf der damit geschaffenen Ausgangsbasis erfolgt sodann eine spezielle Untersuchung der „Planungsinstrumente“ (Teil 3), unter denen der Autor in Abweichung vom inzwischen in der Theorie der Wirtschaftspolitik gültigen Begriffsinhalt im einzelnen die „Rohstofflenkung“, die „Lenkung der Arbeitskräfte“, die „Lohn- und Preispolitik“, die „Lenkung der Investitionen“ und die „Lenkung des Verbrauchs“ versteht. Den Abschluß der Studie bilden einige Ausführungen über die Planungseffizienz (Teil 4), die sich einmal auf die durch die Vierjahresplanung bewirkten Veränderungen der Wirtschaftsstruktur und zum andern auf das Verhältnis zwischen Planung und Rüstungspotential beziehen.

Da der Verfasser davon abgesehen hat, etwa dem Beispiel von René Erbe zu folgen und die nationalsozialistische Planungs- und Autarkiepolitik auch im Lichte der modernen Wirtschaftstheorie zu betrachten, dürfte sich das Interesse an seiner Studie im wesentlichen auf Wirtschaftshistoriker beschränken. Für sie aber stellt die Arbeit zweifellos eine wertvolle Bereicherung der einschlägigen Literatur dar, die auf das Dritte Reich Bezug nimmt.

Karlheinz Kleps, Linz/Donau

Karl Überla: Faktorenanalyse. Eine systematische Einführung für Psychologen, Mediziner, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Berlin und Heidelberg 1968. Springer Verlag. XII, 399 S.

Das Arsenal mathematischer Verfahren zur „multivariaten Analyse“ komplexer Sachverhalte ist beträchtlich angereichert worden, seitdem, dank elektronischer Rechengeräte, deren praktische Anwendung trotz des hohen Rechenaufwandes möglich ist. Begreiflicherweise drängt die junge Generation von Wissenschaftlern und Studenten danach, die für eine multivariate Datenanalyse gegebenen mathematischen und technischen Möglichkeiten auch auszuschöpfen. Dazu ist zuvörderst ein Zugang zu den logischen und mathematischen Grundlagen der Forschungsverfahren zu suchen, unter denen der Faktorenanalyse als analytischem Instrument besonders großes Interesse entgegengebracht wird; dennoch waren hierüber bislang im deutschsprachigen Raum nur wenige, kurze Einführungen in Hand- und Lehrbüchern zur Psychologie und zur empirischen Sozialforschung zu finden.

Deshalb begegnet das hier anzuzeigende Werk, die systematische Einführung in die Faktorenanalyse von Überla, eines in der medizinischen und psychologischen Forschung erfahrenen Gelehrten, zweifellos starker Nachfrage. Und es erscheint als höchst verdienstvoll, daß der Autor mit großem didaktischem Geschick aus einer Habilitationsschrift ein sehr ansprechendes Lehrbuch für den Hochschulunterricht und die Forschungspraxis gestaltet hat.

Der Lehrstoff wird in acht großen Kapiteln dargestellt. Nach einer Einführung in die Fragestellung und die historische Entwicklung wird

in Abschnitt I ein recht anschauliches Glossarium über die Grundsätze der Korrelations- und Regressionsrechnung und über den Umgang mit Matrizen, Vektoren und Determinanten geboten. Im Abschnitt II (Übersicht über die Faktorenanalyse) wird das Problem eingegrenzt und zu den vier Hauptthemen übergeleitet, deren Problematik anschließend in je einem Kapitel abgehandelt wird.

Im Abschnitt III wird das „Faktorenproblem“ diskutiert (S. 93 bis 154), nämlich die Bestimmung der Koordinaten für die Darstellung der Mehrfachkorrelationen. Drei Lösungswege werden behandelt: die Hauptachsen- und Zentroidmethode, ältere Extraktionsverfahren sowie die Maximum-Likelihood-Schätzung.

Abschnitt IV ist dem Kommunalitätenproblem gewidmet (S. 155 bis 166), d. h. der Wahl der diagonalen Werte in der Korrelationsmatrix. Nach Darlegung der verschiedenen Rechentechniken hierzu werden sie an einem Beispiel miteinander verglichen. — Im Abschnitt V wird (S. 167—236) gezeigt, daß die Interpretation der Koordinatenachsen deren optimale Fixierung im Faktorenraum erforderlich macht, und daß mit der sog. Rotation eine Lösung für dieses Problem zu finden ist; abschließend wird die allgemeine Bedeutung der Rotation für die multivariate Statistik charakterisiert. Das folgende Kapitel ist der Faktorenwertschätzung gewidmet (S. 237—255); diese gilt der Bestimmung von Meßwerten einer statistischen Einheit (z. B. einer Person) hinsichtlich eines bestimmten Faktors. Von den hierfür in Betracht kommenden Verfahren behandelt der Autor nur die multiple Regressionsrechnung ausführlich; weitere Methoden werden dem Prinzip nach charakterisiert.

In Kapitel VII (S. 256—295) — (Die Überprüfung der Faktorenanalyse in überschaubaren Situationen) werden Beispiele aus Literatur und Praxis dargestellt, um Gültigkeit und Genauigkeit des Verfahrens zu veranschaulichen. Die im letzten Kapitel (VIII S. 296—365) vorgetragenen „Einzelpunkte“ erstrecken sich auf recht verschiedenartige Methodenfragen, darunter die Problematik einer Verwendung qualitativer Daten als Ausgangsmaterial für die Faktorenanalyse (S. 301—303); der Einfluß von Datenverarbeitungsanlagen auf die Faktorenanalyse (S. 330—345); die Programmbibliothek für die Faktorenanalyse (S. 345—354) u. a. m. Außerordentlich wichtig erscheinen mir die Ausführungen über die „Ansatzpunkte für eine Systematisierung der Anwendung der Faktorenanalyse“ (S. 355—363). Hier werden für dieses „umstrittene Verfahren“ zunächst diejenigen Aufgaben charakterisiert, für welche — nach dem heutigen Stand — die Verwendung der Faktorenanalyse erprobt ist:

1. Neustrukturierung eines noch wenig bekannten Forschungsgebietes zur Ermittlung von Hypothesen über die Konfiguration der beobachteten Variablen. (Beispiel: Intelligenzforschung.)

2. Reduktion der Daten zum Zweck vereinfachender Beschreibung (sog. Hauptkomponentenanalyse), ohne Anspruch darauf, die Faktoren inhaltlich zu interpretieren.

3. Definition und Schätzung von direkt nicht meßbaren Größen, indem die nach (1) gefundene Struktur auf einzelne Merkmalsträger projiziert wird.

4. Sonderanwendungen auf spezielle Fragestellungen.

Der Autor resümiert diesen Teil seiner Überlegungen mit dem Satz: „Genaue und vollständige Anwendungsregeln für Situationen, in denen man eine Faktorenanalyse einsetzen kann, gibt es bisher noch nicht“ (S. 357). Er stellt dann stichwortartig in 24 Punkten jene Vorfragen zusammen, die der Forscher während der Durchführung einer Faktorenanalyse sich selbst stellen und beantworten sollte (S. 357—362).

In diesem Teil des Buches wird übrigens auch die Besorgnis ausgesprochen, ob nicht das Vorhandensein von Programmen für die EDV-Anlagen auch dann zur relativ mühelosen Anwendung der Faktorenanalyse „ermuntern“ werde, wenn nur unsystematisch gesammelte Datenkörper verfügbar sind. Beschwörend wird an den Leser appelliert, das Ansehen dieser „empfindlichen“, differenzierten Methodik nicht zu mindern, indem sie ohne Rücksicht auf ihre Möglichkeiten und Grenzen angewandt wird.

Im Vorwort wie im Schlußkapitel wird betont, das Buch sei für Leser aus den Verhaltenswissenschaften geschrieben und für Statistiker, die mit medizinischen, biologischen und psychologischen Problemen beschäftigt seien. Daß die Faktorenanalyse auch auf ökonomische Daten angewendet werden könnte, folgert der Verfasser aus den Schriften von A. R. Wulsten (Komponentenanalyse. Münch. Diss. 1960) und K. A. Schäffer (Multivariate Datenanalyse des Wahlverhaltens in der Bundesrepublik Deutschland. Mainzer Habilitationsschrift 1966; Faktorenanalyse und ihre Anwendungsmöglichkeiten. Allgem. Stat. Archiv 1969, 1, S. 51 - 71.); er selbst tritt in die Behandlung wirtschaftlicher Beispiele nicht ein.

In der Tat wäre vom Mathematischen her gegen die Einführung der Faktorenanalyse zur Durchleuchtung komplexer wirtschaftlicher Sachverhalte nichts einzuwenden, zumal da auch hier — wie beim naturwissenschaftlichen Datenmaterial — das Instrumentarium der Tabellenauswertung selten zu befriedigenden Erkenntnissen führt. Mit Hilfe der EDV-Anlagen ist es ja heute möglich, statistische Erhebungen so anzulegen, daß der gesamte Komplex aller erfragten Merkmale, auf die jeweiligen Darstellungseinheiten bezogen, erfaßt werden kann. Bei einer tabellarischen Auswertung muß aber die strukturelle Konfiguration der einzelnen Merkmalsgruppen auseinandergerissen werden, weil sich (selbst in einer Tabelle höherer Ordnung) immer nur Ausschnitte aus dem Gesamtkomplex aufgliedern lassen. Mit Hilfe der Faktorenanalyse wäre es nun in der Tat möglich, die Anzahl der zu beobachtenden Variablen durch Beschränkung auf die maßgeblichen Größen zu reduzieren oder, darüber hinaus, die hinter den beobachteten Daten wirksamen Einflußgrößen zu isolieren. Der Wert eines solchen analytischen Verfahrens für die Wirtschaftswissenschaften

wäre kaum hoch genug einzuschätzen; denn es ließen sich bei Erhebung und Auswertung Kosten sparen und überdies wären völlig neuartige Einsichten in die große Mannigfaltigkeit der Marktvorgänge zu gewinnen. Einstweilen fehlt es zwar noch an Möglichkeiten, die Vorbedingungen des empfindlichen Verfahrens zu erfüllen, nämlich die exakte Erfassung und Bewertung ökonomischer Daten. Dennoch wird die Methodik als solche zweifellos künftig in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten in das statistische Unterrichtsprogramm einbezogen werden müssen.

Unter diesem Aspekt erscheint es mir als besonderes Verdienst des hier vorgestellten Buches, daß der Autor zwar eine wahrlich „systematische Einführung“ in das Verfahren der Faktorenanalyse gibt und daß er dennoch auf die offenkundige Empfindlichkeit des Instrumentariums gegenüber Fehlern im Material und im Denkansatz hinweist, wie auch auf das fehlende Wissen über Grenzen der Ergiebigkeit und Zuverlässigkeit des Verfahrens in der Praxis.

Ingeborg Esenwein-Rothe, Erlangen-Nürnberg

Karl Georg Zinn: Konjunkturlehre für Praktiker. Einführung in die Konjunkturtheorie und Konjunkturpolitik unter Berücksichtigung des Stabilitätsgesetzes und der Grundzüge der Beschäftigungstheorie. Herne-Berlin 1969. Verlag Neue Wirtschaftsbriefe. 117 S.

Es hat den Anschein, als ob der Autor seinem Buch ursprünglich den Titel gegeben hatte, der als Untertitel aufgeführt wird: „Einführung in die Konjunkturtheorie und Konjunkturpolitik unter Berücksichtigung des Stabilitätsgesetzes und der Grundzüge der Beschäftigungstheorie.“ Man möchte glauben, daß der Verlag jedoch für seinen Abnehmerkreis den Titel „Konjunkturlehre für Praktiker“ vorgezogen hatte. Damit aber wird das kleine, klar geschriebene und inhaltsreiche Buch keineswegs charakterisiert. Zu diesem Thema sind allenfalls zu rechnen Teil I (Zum Konjunkturbegriff), Teil II (Die Konjunkturvorhersage) und Teil IV (Konjunkturpolitik), insgesamt also nicht viel mehr als 50 Seiten, das ist etwa die Hälfte des Buches. Der restliche Teil III (Krisen- und Konjunkturtheorien und die Grundzüge der Beschäftigungstheorie) bringt eine gute Lehrgeschichte zum Thema Konjunktur, die sich in erster Linie an Studenten der Wirtschaftswissenschaften wendet.

Im ersten Teil werden unverhältnismäßig breit das Konjunktur-Test-Verfahren (S. 22-29) und das deutsche Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (S. 97-108) behandelt, wohingegen die Zielproblematik ein wenig zu kurz kommt, beispielsweise fehlt das Eingehen auf das sog. außenwirtschaftliche Gleichgewicht.

Der zweite Teil, der lehrgeschichtliche Teil des Buches, ist erfrischend klar gehalten und bringt alles Wesentliche. Allerdings hätte man gewünscht — besonders angesichts des gewählten Titels des Buches —, daß die Theoreme und Theorien auch kurz kritisch gewürdigt

worden wären, was für den Studenten wichtig und für den „Praktiker“ — falls er diesen Teil des Buches lesen sollte — unerlässlich ist.

Diese kritischen Bemerkungen, vor allem zur Titelmahl, sollen keineswegs die Tatsache verdecken, daß Zinn uns einen wertvollen Abriss der Theoriengeschichte der Konjunkturen und eine gute Einführung in die Konjunkturpolitik gegeben hat.

Alfred Kruse, Berlin

Román Perpiñá y Grau: Entwicklungsprobleme einer Mehrtypenwirtschaft. Der Wirtschaftsaufbau Spaniens 1935—1967. Kiel 1968. Inst. f. Weltwirtschaft. 24 S.

Die kleine Schrift des angesehenen spanischen Nationalökonomens reizt zur Diskussion und zum Widerspruch. Ausgangspunkt ist die Fragestellung, „ob man die Wirtschaft eines Landes heute als Mutation oder einfach nur als Evolution seiner Struktur und seines Aufbaus verstehen soll“ (S. 3). M. E. ist diese Fragestellung schon höchst problematisch. Aus den weiteren Ausführungen geht nicht hervor, was „Evolution“ und „Mutation“ im Bereich wirtschaftlicher Entwicklung ausmacht. Für Spanien stellt Perpiñá y Grau nur Evolutionen fest (S. 9, 10, 19). Wie sollen aber diese Aussagen empirisch überprüft werden, wenn die Begriffe Mutation und Evolution oder „Veränderung“ und „Fortschreiten gemäß der Einsicht in die entsprechenden strukturellen Möglichkeiten“ offen bleiben?

Perpiñá sieht die wirtschaftliche Entwicklung stark naturgesetzlich. (Daher wohl auch die Begriffe Evolution und Mutation.) Die wirtschaftliche Entwicklung ist entscheidend bestimmt durch die wirtschaftliche Infrastruktur, die als „Zusammenfassung sämtlicher potentieller oder wirksamer Naturgüter in einem bestimmten Gebiet“ (S. 4) verstanden wird. Da der größte Teil Spaniens kaum über „Infrastruktur“ verfügt, fehlt ein mit anderen europäischen Ländern vergleichbares Wachstum. Erst „Klima und Kultur“ Spaniens haben zusammen mit dem modernen Tourismus große Vorteile gebracht.

Diese einseitige Interpretation verführt zu Schlüssen, die Mißverständnisse hervorrufen können. So folgert Perpiñá, „daß die weitere Entwicklung der spanischen Wirtschaft von den Beziehungen zum Ausland abhängt“, da die „Infrastruktur“ objektiv gegeben sei (S. 21). Wird damit aber nicht die Verantwortung für die eigene wirtschaftliche Entwicklung allein dem anderen zugeschoben und übersehen, daß außer den Naturgütern noch eine Reihe anderer wichtiger Faktoren das wirtschaftliche Wachstum beeinflussen? Perpiñá erwähnt z. B. überhaupt nicht die eigenständige Rolle des dynamischen Unternehmers und einer schnell und rationell arbeitenden Verwaltung für die wirtschaftliche Entwicklung. Gerade hier finden sich m. E. entscheidende Engpässe der Entwicklung Spaniens.

Die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Industrie überwiegend mit den begrenzten Inlandsmärkten erklären zu wollen — wie es Perpiñá tut — (S. 21), erscheint mir verfehlt.

Perpiñás publizierter Vortrag enthält somit einigen Zündstoff für Diskussionen. Er gibt dem Leser aber auch in hoch komprimierter Form einen Überblick über die Entwicklungsbesonderheiten des Landes seit dem Bürgerkrieg. Vor allem die räumlichen Probleme (mehr oder weniger voneinander unabhängige Marktgebiete, sehr wenige reiche und viele arme Regionen, geringe verkehrsmäßige Erschließung des Landes, finanzielle Unterstützung weiter Teile des Landes durch einige wenige Industrieregionen) werden aufgezeigt. Zur Veranschaulichung dienen vier sehr interessante Schaubilder.

Ulrich Brösse, Aachen

Richard G. Lipsey und Peter O. Steiner: Economics. New York-London-Tokio 1966. Harper & Row. XXXII, 760 S.

Edward J. Kane: Economic Statistics and Econometrics. An Introduction to Quantitative Economics. New York-London 1968. Harper & Row. XVI, 437 S.

Das Buch von *Lipsey und Steiner* — eine unwesentlich modifizierte Fassung von *Lipseys Introduction to Positive Economics* — ist eine verbale, d. h. nicht-mathematische und mit einigen geometrischen Zeichnungen illustrierte Darstellung des Lehrstoffes der orthodoxen Volkswirtschaftslehre. Das Schwergewicht liegt auf der Mikroökonomik, mit der das Buch beginnt und die etwa zwei Drittel der Seiten füllt. Wer im akademischen Unterricht das Buch zugrunde legt und mit der Kreislaufanalyse beginnen will (vieles spricht dafür), mag die letzten Kapitel vorwegziehen. Der Text verträgt es, die Autoren geben eine Anleitung für die Kombination der Bauteile je nach Geschmack und Gewichtung.

Das Buch hat eine ehrgeizige Zielsetzung: „The systematic confrontation of theory with observation. All too often in the past, economic theory has been taught merely as logical analysis and has been, at best, only vaguely related to the world; by the same token, applied economics is too often description unenlightened by any theoretical framework. Economic theory is meant to be about the real world. We seek, by the use of theory, to explain, understand, and predict phenomena in the real world, and our theory must, therefore, be related to, and tested by, empirical observations of the world around us. The student of economics needs to ask at every stage what the relevant magnitudes and quantities are in the real world.“ S. VII.)

Diese Zielsetzung bedeutet zweierlei: Erstens muß eine weitgehende Trennung von ökonomischer Hypothesenbildung (positive economics) und normativer Verbrämung angestrebt werden. Das ist weitgehend gelungen; anders als bei vielen amerikanischen Lehrbüchern wird nicht gleich der Blickwinkel auf die Marktwirtschaft verengt, deren gepriesene Vorzüge sich alsdann aus der Logik der Sache heraus einstellen. Zweitens müssen die Hypothesen so formuliert werden, daß sie überhaupt zu testen sind. Eine strenge Anforderung, gewiß, aber die Au-

toren haben sie selbst erhoben. Über den Erfolg dieses Unternehmens wird man sich nicht so schnell verständigen können. Besonders in dem breiten mikroökonomischen Teil wird die logische Eleganz stark gepflegt (eine formale Eleganz, wären die Überlegungen mathematisch formuliert worden, was aufgrund der beherrschenden Stellung des Marginalprinzips in den Kapiteln über Produktion, Konsum und Verteilung ohne weiteres möglich wäre). Hier hat es manchmal den Anschein (Preistheorie, Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung), als ob die Autoren bei dem Abwägen von intellektueller Schönheit der Modellbildung und empirischer Relevanz, d. h. Testbarkeit, ihr Motto aus den Augen verloren hätten. Beispiele dienen lediglich der Illustration all der theoretischen Konzepte, Konfrontation und Prüfung werden nirgends gesucht.

Kein Mißverständnis! Beurteilt man das Buch weniger nach seinem Ehrgeiz als nach dem Leistungsstandard der Substitutionsprodukte, so liegt es vorn: Es ist eine Einführung in die Volkswirtschaftslehre, welche den Studenten nicht überfordert (aber auch nicht immer fordert), die sich bereits einen festen Platz im Lehrbuchmarkt verdient hat und vielleicht mit mehr Erfolg als viele Vorgänger *Samuelsons* Marktmacht bedrohen könnte.

Dem Anfänger wäre gleichfalls die Lektüre von *Kane* zu empfehlen. Das Buch umspannt einen weiten Bereich: Ökonometrische Modellbildung (31 S.), Deskriptive Statistik (57 S.), Wahrscheinlichkeit sowie Statistisches Prüfen und Schätzen (205 S.), Angewandte Regressionsanalyse (48 S.) und Annahmen bei der Kleinstquadratschätzung (31 S.). Dreißig Seiten über ökonomische Modellbildung, sie wären zu „ergänzen“ durch die 700 Seiten des Werkes von Lipsey-Steiner. Der statistische (Haupt-)Teil des Buches mit den Kapiteln über beschreibende und schließende Statistik betont Anschaulichkeit statt Abstraktion, ohne aber formal zu schlampfen. Einige Beispiele für die Regressions-Schätzung von Gleichungen werden durchgerechnet, die gängigen Tests dabei vorgeführt. Besonders gefällt der Übergang von der „reinen“ Statistik zu ökonometrischen Schätzproblemen, d. h. die kritische Untersuchung der Annahmen über die Zufallsvariable. Nicht so streng ist diese Zäsur wie in dem Lehrbuch von *Johnston*, aber klar genug, um den besonderen Charakter der statistischen Probleme ökonometrischer Schätzungen anzuzeigen.

Ein derartig breites Programm zu präsentieren ist ein didaktisch schwieriges Unterfangen, aber es ist gelungen. Natürlich nicht ohne Preis: Einige wichtige Verteilungen (F -, χ^2 -, Poisson-Verteilung) sind nicht erwähnt worden, Querschnittsanalyse, Zeitreihenzerlegung und Indexproblematik bleiben unberührt. Schließlich wird bei der ökonometrischen Schätzung die gesamte Simultanschätzung übergangen (bis auf eine knappe Vorstellung der indirekten Kleinstquadratschätzung). So etwas wäre bei einem Lehrbuch der Ökonometrie natürlich ein schwerwiegender Mangel, diese Schrift will aber kein ökonometrisches Lehrbuch sein.

Vielmehr soll es eine Einführung zu jener Grundeinstellung sein, die Lipsey-Steiner in ihrem Lehrbuch gefordert haben: Hypothesen der ökonomischen Theorie sollen getestet werden. Bei diesen Autoren blieb es Programm, hier sollen Mittel und Wege zur Realisierung dargestellt werden. Wie gesagt, die ganze Breite und rechnerische Raffinesse statistischer Tests und Schätzung von Hypothesen ist bei Kane sicherlich nicht zu finden. Wichtig ist aber, daß der studentische Leser von der ersten bis zur letzten Seite auf diese „Testhaltung“ eingestimmt wird. Es gibt wahrlich genügend statistische Lehrbücher, es gibt einige gute ökonometrische; bei wenigen aber wird der methodologische Aspekt des Hypothesentests so konsequent betont, bei den wenigsten wird das Material unter diesem Gesichtspunkt so geschickt die hier natürlich genannt werden — und die formal stringenter und angeboten. Gewiß, der behandelte Stoff bleibt durchweg auf dem Anfängerniveau, aber es kommt doch darauf an, ob solche Anfänger verschreckt werden oder ob sie zu den weiterführenden Titeln greifen, anspruchsvoller sind.

Werner Meißner, Frankfurt

Bülow/Langen: Wörterbuch der Wirtschaft. 5. erw. Aufl. Stuttgart 1967. Alfred Kröner Verlag. 635 S.

Das „Wörterbuch der Wirtschaft“, das seit dieser Auflage unter den Verfassernamen Bülow und Langen erscheint, hat sich seit 1936 bewährt. Die Tatsache, daß zwischen vierter und fünfter Auflage nur ein Zeitraum von vier Jahren liegt, verdeutlicht die Beliebtheit des vorliegenden Buches. Die große Nachfrage ist durch den breiten Leserkreis, den das Werk anspricht, zu erklären: Es dient allen, die mit wirtschaftlichen Fachausdrücken zu tun haben. Der Zeitungsleser, der sich mit dem Wirtschaftsteil seines Blattes beschäftigt, wird in dem Buch ebenso Auskunft finden wie der Student der Wirtschaftswissenschaften, der sich rasch informieren will.

In einem 635-Seiten-Werk kann die Wirtschaft natürlich nicht erschöpfend behandelt werden. Deshalb wurde auf dogmengeschichtliche Ausführungen, auf die Nennung vieler Namen und auf Literaturhinweise verzichtet. Ebenso hat man es unterlassen, durch graphische Darstellungen den Rahmen des Buches zu sprengen. Das Schwergewicht wurde auf die Betriebswirtschaft gelegt, was seine Erklärung auch in der Person Langens findet, der betriebswirtschaftlicher Forschung und Praxis gleichermaßen verbunden ist.

Dennoch ist das Wörterbuch in erster Linie praxisorientiert. Den theoretischen Begriffen ist nur soweit Beachtung geschenkt worden, wie sich Wortschöpfungen aus der Theorie im Wirtschaftsleben niederschlagen haben.

Bemerkenswert ist die Berücksichtigung der Wirtschaftsgesetzgebung. Hier ist der ausführliche Artikel über die Aktiengesellschaft besonders hervorzuheben: Auf dreizehn Seiten werden alle wichtigen Bestimmungen des Aktienrechts dargestellt. Wenn die Auskünfte über

Altspargengesetz, Bewertungsgesetz, Firma, Erfüllungsgehilfe oder Arbeitsvertrag naturgemäß weniger Raum einnehmen, so sind auch hier alle wesentlichen Bestimmungen und die neueste Entwicklung berücksichtigt.

Die knappe Darstellung der gesetzlichen Bestimmungen, die für den Wirtschaftler von Bedeutung sind, ermöglicht es dem Interessierten, sich rasch einen groben Überblick zu verschaffen. Wer darüber hinaus Zusammenhänge sucht, wird durch die Verweise auf die Vielzahl von Begriffen geführt, in die das Stichwort eingebettet ist. So benutzt, könnte man dieses Wörterbuch als ein knappes Repetitorium bezeichnen, und zwar ebenso für Betriebswirtschaftslehre wie für Wirtschaftsrecht.

Daß durch die Schnellebigkeit unserer Zeit seit dem Erscheinen der fünften Auflage 1967 einige Stichworte hätten anders behandelt werden müssen, ist nicht Schuld von Langen. Beispielsweise sind die Ausführungen über Finanzausgleich z. T. überholt, und das Stichwort „Sonderziehungsrechte“ ist gar nicht erwähnt. Unter dem Begriff „Biersteuer“ hätte auch darauf hingewiesen werden können, daß sich die Biersteuer neben dem Stammwürzgehalt auch nach dem Ausstoß richtet.

Abschließend sei noch lobend bemerkt, daß bei Begriffen aus dem Außenhandel die englische und französische Übersetzung angeführt wird. Nicht zuletzt ist der günstige Preis und das handliche Format eine Empfehlung.

Volker Schröder, Berlin

Friedrich A. Lutz: Zinstheorie. 2. Aufl. Tübingen und Zürich 1967. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) und Polygraphischer Verlag. 288 S.

In der zweiten Auflage seines rühmlich bekannten Werkes bringt Lutz zunächst seine Analyse der einzelnen Zinstheorien auf den neuesten Stand. Eine eingehendere Darstellung und Würdigung findet besonders das System von *Patinkin* und die Diskussion über „stock and flow analysis“. Was die Theorie von *Patinkin* anbelangt, so kritisiert Lutz vor allem den mangelnden Zusammenhang zwischen Wertpapierzins und Grenzproduktivität des Kapitals — eine Schwäche, die er in seinem abschließenden eigenen Modell behebt. In der Kontroverse über Bestands- und Stromanalyse hält Lutz an der Äquivalenz von Liquiditäts- und loanable-funds-Theorie fest, sofern Gleichgewicht auf dem Gütermarkt besteht. Der Nachweis wird mit Hilfe einer nicht unbedenklichen Erweiterung des flow-Konzepts geführt (Interpretation eines anfänglichen Bestands-Ungleichgewichts als Stromgröße).

Seine „Positive Theorie des Zinses“ entwickelt Lutz in mehreren Stufen. Zunächst wird eine monetäre Zinstheorie dargestellt, die sich von den üblichen Formen durch eine tiefergehende Ableitung der Liquiditäts-Präferenz-Funktion aus Erwartungsstrukturen und Risikoerwägungen unterscheidet. Erweitert wird dieses Modell durch Einbeziehung mehrerer Zinssätze. Lutz modifiziert hierbei seine bekannte „Erwartungstheorie“ der Zinsstruktur dergestalt, daß nicht mehr der

langfristige Zinssatz gleich dem Durchschnitt der erwarteten kurzfristigen Zinssätze ist, sondern daß umgekehrt der kurzfristige Satz von der erwarteten Entwicklung des langfristigen Zinses abhängt.

Die einzelnen Bestimmungsfaktoren des Zinses, welche bei der Untersuchung der verschiedenen Zinstheorien besprochen worden sind, werden abschließend zu einer großangelegten Synthese geführt. Dies geschieht mit Hilfe eines umfangreichen allgemeinen Gleichgewichtsmodells, das sowohl die monetären als auch die realen und strukturellen Momente zu ihrem Recht kommen läßt. Da es den Realkasseneffekt ebenso wie den Einfluß der Grenzproduktivitäten des Kapitals einschließt, stellt es ein neoklassisches Modell *par excellence* dar.

Anton Konrad, München

Carl Hudeczek: Das internationale Währungssystem — Mängel und Reform. Frankfurt 1969. Fritz Knapp. 160 S.

Im Klappentext wird das Ziel angegeben: „Dieses Buch eines erfahrenen Wirtschaftspolitikers und Währungsexperten will ein leicht lesbarer und doch genauer Führer durch die komplizierten Probleme des internationalen Währungssystems sein, die meist nur sehr abstrakt und theoretisch dargestellt werden.“

Dieser Anspruch wird am besten dort erfüllt, wo die „praktischen“ Fragen dominieren. So sind die Kapitel „Die Rolle des Goldes“, „Der internationale Währungsfonds“, „Die internationale Kooperation“, „Schaffung zusätzlicher Reserven (Sonderziehungsrechte)“ recht gut gelungen. Der Verfasser breitet hier eine bemerkenswerte Fülle von Details aus. Der interessierte Laie wird über die Situation des Weltwährungssystems eingehend informiert.

Von den anderen Abschnitten kann man dies nur mit Einschränkungen behaupten. Im Kapitel „Golddevisenwährung“ stört zunächst einmal, daß der Autor einfach den Golddevisenstandard der Zwanziger Jahre auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg überträgt; die spezifisch inflationäre Wirkung dieses Systems wird nicht erkannt (S. 21). Die Verwendung des Terminus „Multiple Währungen“ zur Kennzeichnung eines Systems multipler Reservewährungen erscheint wenig glücklich. Die Kapitel „Liquidität“ und „Die Wechselkurse“ sind besonders unbefriedigend. In den Ausführungen über Liquiditätsströme und die gegenwärtigen Liquiditätsprobleme werden der langfristige Kapitalverkehr, die kurzfristigen Kapitalbewegungen und der Liquiditätsbedarf untrennbar durcheinander gebracht. Die Darlegungen über die Diskussion um die Aufwertung der DM enthalten kein Wort über den Inflationsimport; dieses Problem wird generell stark vernachlässigt und auch in der oberflächlichen Auseinandersetzung über binnen- und außenwirtschaftliches Gleichgewicht nicht einmal erwähnt.

Das Buch zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit: Auch in einer „praxisorientierten“ Darstellung kommt der theoretischen Fundierung große Bedeutung zu.

Otmar Issing, Nürnberg

Friedrich Haffner: Das sowjetische Preissystem. Berlin 1968. In Komm. bei Duncker & Humblot. 340 S.

Zuerst befaßt sich Haffner ausführlich mit der *Marx*schen Wert- und Preislehre und zeigt, daß es sich nicht um eine zusammenhängende Doktrin handelt. Sie sei für die Lösung des Preisbildungsproblems in einer sozialistischen Planwirtschaft ungeeignet. Dann folgt eine Analyse der Grundlagen und Grundzüge des sowjetischen Preissystems, das sich theoretisch auf *Marx* stützt. Die Preise sind zwar (mit Ausnahme von Kolchosmarktpreisen) von staatlichen Organen angeordnet, führen aber ihr Eigenleben, das prinzipiell unabhängig ist von den Absichten der Preisbildungsbehörden. Es gibt in der Sowjetunion sieben Millionen zentral festgelegte Preise, aber eine bei weitem vielfache Zahl von Preiszusammenhängen, die der obersten Kontrolle entgehen. Die Angaben aus zahlreichen sowjetischen Veröffentlichungen vermitteln einen interessanten Einblick in die Mängel und Fehler der staatlichen Preisbildung. Daraus geht hervor, daß es unmöglich ist, den von *Marx* formulierten Wert zu messen. Wie ein sowjetischer Autor sagte, gibt es „weder in der Buchhaltung noch in der Statistik eine Kategorie wie ‚Wert‘ oder ‚gesellschaftlich notwendige Arbeit‘“.

Einen großen Platz widmet Haffner der Technik der Preisbildung in der Sowjetunion und schildert die Organisation sowie die Kompetenzen der Preisbildungsinstanzen, die Preiskalkulation und Preisstruktur im Groß- und Einzelhandel, die Art der Preisdifferenzierung, insbesondere den Verrechnungspreis, die Preiszonen und Zonenpreise, Preisstellungsklauseln, Methoden zur Ordnung einzelner Preisrelationen usw.

In den letzten Kapiteln werden die Vorschläge zur Reform des sowjetischen Preissystems erörtert und verschiedene Modelle für eine einheitliche Preisbildung nach der *Marx*schen Wert- und Preislehre kritisch beleuchtet. Zur Sprache kommen auch die praktischen Bemühungen der Sowjetbehörden, um eine Verbesserung des schlecht funktionierenden Preissystems herbeizuführen. Das Schwergewicht bei der Neufixierung der Preisrelationen liegt auf der elastischeren Preisbildungstechnik.

In der Zusammenfassung weist Haffner darauf hin, daß die Preisbildung in der Sowjetunion zwar mit der *Marx*schen Theorie begründet wird, in der Praxis aber ein ausgesprochenes Instrument der Wirtschaftspolitik ist. Die sowjetischen Preise bestimmen u. a. die Verteilung und Umverteilung des Volkseinkommens und die Finanzierung des Staatshaushalts.

Das Buch von Friedrich Haffner ist eine in jeder Beziehung bedeutende Untersuchung der komplizierten und zum Teil verwirrenden Problematik des sowjetischen Preissystems. Bemerkenswert ist die immer wieder zutage tretende Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis in der sowjetischen Preisbildung. Die gut gegliederte, streng sachliche und vorzüglich fundierte Arbeit ist mit einem umfangreichen 18 Sei-

ten starken Literaturverzeichnis versehen, das viele Originalwerke sowjetischer Wissenschaftler enthält.

R. Peter Rochlin, Berlin

J. Christoph Leverkus und Klaus Wieken: Eigentumsbildung und Altersvorsorge bei Angehörigen des selbständigen Mittelstandes. Köln und Opladen 1967. Westdeutscher Verlag. 198 S.

Die Veröffentlichung bietet mehr, als der Titel erwarten läßt: Sie bietet eine Analyse der „Lebenslage“ des selbständigen Mittelstandes. Nicht nur statistisches Material über Eigentum und Altersvorsorge wird vorgelegt, sondern auch eine Analyse des Selbstverständnisses, der Urteile (und Fehlurteile), der Meinungen des selbständigen Mittelstandes, die, worauf in der Veröffentlichung an verschiedenen Stellen mit Recht hingewiesen wird, für das Verhalten dieses Mittelstandes als auch für die politischen (wirtschaftspolitischen) Konsequenzen von ebenso großer, vielleicht sogar noch größerer Bedeutung sind. Nachdem im ersten Kapitel der — durchaus gelungene — Versuch unternommen wurde, die „Lebenslage“ der Selbständigen zu skizzieren, bietet das zweite Kapitel einen Überblick über verschiedene Formen mittelständischer Vermögensbildung (wobei die Vermögensbildung im eigenen Unternehmen doch wohl etwas zu kurz behandelt wird). Das dritte Kapitel analysiert den Einfluß der staatlichen Politik zur Eigentumsbildung auf den selbständigen Mittelstand. Nachdem im folgenden Kapitel die Probleme der „eigenverantwortlichen“ Altersversorgung erörtert worden sind, nimmt das letzte Kapitel zu Fragen der gesetzlichen Altersversorgung auch für den selbständigen Mittelstand Stellung. Ein besonderes Verdienst der vorliegenden Untersuchung ist es, mit dem — auch in manchen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zumindest unbewußt mitschwingenden — Vorurteil aufzuräumen, als handle es sich beim selbständigen Mittelstand in der Regel um Gruppen mit relativ hohem und gesichertem Einkommen und einer entsprechenden Lebenslage. Die Untersuchung bestätigt, was dem Sozialpolitiker bereits selbstverständlich ist: Die soziale Schwäche und Gefährdung beschränkt sich längst nicht mehr auf bestimmte Gruppen der im Arbeitsverhältnis Abhängigen, sondern entscheidende „Proletariatsmerkmale“ i. S. Wilfrid Schreibers treffen auf einen Teil des selbständigen Mittelstandes zu: Geringes Einkommen, überlange Arbeitszeit, keine oder geringe Frei- und Urlaubszeit, mangelnde soziale Sicherung gegen Krankheit und Alter. Von den in der vorliegenden Untersuchung erfaßten Gruppen Einzelhandel, Großhandel, Dienstleistungsbetriebe, mittelständische Industriebetriebe, selbständige Handwerker und freie Berufe ist der Anteil der sozial Schwachen in den Gruppen Einzelhandel und Handwerk am größten. Mit Recht sprechen die Verfasser in Hinsicht auf die Tatsache, daß (1963) 9 % der Selbständigen ein Nettoeinkommen von weniger als 400 DM und 4 % ein Haushaltseinkommen von weniger als 400 DM erzielen, von einer einkommensmäßigen Proletarisierung (S. 28). Erfreulich ist, daß die vorliegende Untersuchung, im Gegensatz zu vielen anderen Veröffentlichungen aus dem

Bereich der empirischen Sozialforschung, nicht nur verbale Wiederholungen der in den Statistiken gebotenen Werte bietet, sondern methodische Hinweise, kritische Würdigung der Aussagefähigkeit der ermittelten Daten und sorgsames Abwägen verschiedener Interpretationsmöglichkeiten.

Im Zusammenhang mit der „Eigentumsbildung“ hätten vielleicht über das in der vorliegenden Veröffentlichung Gebotene hinaus einige Hinweise auf die Kapitalbildung im mittelständischen Unternehmen Interesse finden können, ein Problem, das nur in Hinsicht auf die Altersvorsorge (S. 114) ganz am Rande behandelt wird. Ob die günstige Beurteilung der Wirkungen der Privatisierung von Bundesvermögen, wie sie bei den Verfassern zu finden ist, nicht doch einiger Einschränkungen bedurft hätte, wäre zu erwägen. Wie überhaupt das Einstreuen von wirtschaftspolitischen Urteilen, Empfehlungen und Warnungen in die empirische Untersuchung auch solchen Lesern nicht ganz unbedenklich erscheinen mag, die — wie der Rezensent — mit den Verfassern meist im Urteil übereinstimmen. Aber alle kritischen Anmerkungen vermögen den unbestreitbaren wissenschaftlichen und vor allem auch politischen Wert der vorliegenden Untersuchung nicht einzuschränken.

Theo Thiemeyer, Köln

Gerhard Brinkmann: Berufsausbildung und Arbeitseinkommen. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 158 S.

Wie der Verfasser in seiner „Zusammenfassung“ (S. 114) feststellt, war es „das Ziel des empirischen Teils dieser Arbeit zu untersuchen, unter welchen Bedingungen eine akademische Ausbildung die Leistungsfähigkeit der Kaufleute und Ingenieure erhöht“. Dabei wurde als „Maß der Leistungsfähigkeit das Arbeitseinkommen der untersuchten Angestellten in der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens“ benutzt. Die Untersuchung selbst wurde mit Hilfe einer Stichprobe durchgeführt, die absichtlich bestimmte Einflüsse auf das Arbeitseinkommen „eliminiert“ hat, die mit der Leistung selbst nichts zu schaffen haben, z. B. das Geschlecht und die Rasse und Muttersprache der Arbeitnehmer. Bezüglich der Gehälter der Führungskräfte wird mit Recht darauf hingewiesen (S. 31), daß diese Gehälter „in der Bundesrepublik zu den bestgehüteten Geheimnissen sowohl der arbeitgebenden Firmen als auch der arbeitnehmenden Angestellten gehören“.

Im einzelnen wurden als für die Höhe des Arbeitseinkommens wichtige Faktoren vor allem Ausbildung, Alter, Berufserfahrung und Intelligenz (im 4. Kapitel) behandelt, anschließend (im 5. Kapitel) der modifizierende Einfluß von Leistungsmotivation und sozialer Herkunft. Bezüglich der Ausbildung weist der Verfasser noch besonders auf die Abitur- und Diplomnoten hin und stellt dabei kritisch fest, daß diese Noten „in weitem Maße von der Person des Prüfers abhängen“, weshalb er dann für das westdeutsche Schulwesen dringend eine Reform der Prüfungsmethoden fordert (S. 82). Als einer der wichtigsten Bestimmungsgründe des Gehaltes ist das Alter nachgewiesen worden. Im

Schlußkapitel „Zusammenfassung“ wird eine bestimmte Schul- und Hochschulreform gefordert und besonders verlangt, daß „alle Hochbegabten eines Volkes auf der höchsten Ebene (Universität) des Schulwesens ausgebildet werden, weil ihre Leistungsfähigkeit auf keine andere Weise voll entwickelt werden kann“ (S. 117). Die für die Stichprobe benutzten Fragebogen sind auf 35 Seiten wiedergegeben und gliedern sich in vier Gruppen: Fragebogen für Diplomingenieure und solche für ehemalige Schüler, Erhebungsbogen für das Archiv des Gymnasiums und solche für das Archiv der Prüfungsämter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln.

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Deutschland und im Ausland, die sich in bestimmten Richtungen noch verschärfen können, ist die vorliegende Untersuchung besonders deshalb zu begrüßen, weil hierdurch Möglichkeiten geschaffen worden sind, den Grundlagen dieser Entwicklung, besonders bei den Angehörigen der „Bildungsschicht“ genauer nachzuforschen und damit Fehlentscheidungen zu verhüten.

Peter Quante, Kiel

Arthur Doucy: Economie sociale. Brüssel 1966. Institut de Sociologie de l'Université Libre de Bruxelles. 445 S.

Dieses Buch ist keine Weiterentwicklung der Überlegungen für eine „soziale Marktwirtschaft“ (Müller-Armack) oder eine „ökonomische Theorie der Sozialpolitik“ (Liefmann-Keil), sondern nur ein Abriß über die Arbeiterbewegung und deren Institutionen.

Doucy gibt zunächst einen kurzen historischen Überblick über die Arbeiterbewegung in Frankreich, England und Belgien. Im 2. Teil zeigt er die „aktuellen Probleme“ der Gewerkschaften, wobei u. a. die Themenkreise gewerkschaftlicher Pluralismus, Kollektivvereinbarungen und gewerkschaftliche Vorrechte, internationale Gewerkschaftsorganisationen und Bedeutung der Gewerkschaften für die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes berührt werden. Ausführlich werden im 3. Teil (Monographien) die Gewerkschaftsbewegungen in Belgien, Frankreich, USA und UdSSR beschrieben. Im 4. Teil geht der Verfasser nochmals auf einige spezielle Eigenarten der Arbeiterbewegung, wie Kollektivvereinbarungen, Streik und Schlichtung, ein.

Am Ende der vier Hauptabschnitte wird jeweils ein ausführliches Literaturverzeichnis gegeben, welches sich allerdings weitgehend auf Literatur des französischen Sprachbereichs beschränkt.

Hanjo Lell, Washington

Otto Angehrn: Handelsmarken und Herstellermarken im Wettbewerb. Stuttgart 1969. C. E. Poeschel. IX, 128 S.

Der Verfasser greift mit dieser Untersuchung ein Thema wieder auf, mit dem er sich bereits vor einem Jahrzehnt befaßt hat: Handelsmarken und Markenindustrie, Freiburg/Breisgau 1961.

Damals ließen sich die Handelsmarken vielleicht noch als eine ziemlich nebensächliche Erscheinung der Verbrauchsgütermärkte bezeichnen. In der Zwischenzeit haben sie stark aufgeholt und sind auf wichtigen Gebieten zu kräftigen Konkurrenten der Herstellermarken geworden, was damit zusammenhängt, daß sich die Stellung des Handels gegenüber der Verbrauchsgüterindustrie wesentlich gefestigt hat (sog. Marktmacht des Handels!).

Infolge seiner Zersplitterung war der Handel lange Zeit der Erfüllungs- und Vollstreckungshilfe der Industrie. Die Konzeption des Markenartikels der Hersteller ist dafür ein besonders beredter Ausdruck. Die wachsende Bedeutung der Großunternehmungen im Handel und der Zusammenschlüsse kleiner und mittelgroßer Handelsbetriebe hat die weithin passive Rolle des Handels beendet und ihn zur Entfaltung eigener absatzwirtschaftlicher Aktivität befähigt, so daß heute zwei Gruppen absatzwirtschaftlicher Systeme miteinander konkurrieren, von denen die eine von Herstellern, die andere von Händlern ins Leben gerufen worden ist.

Während sich auf der einen Seite nach wie vor Händler in die Konzeptionen der Hersteller einfügen (also deren Markenartikel führen und die Preisbindungen einhalten), akzeptieren andererseits viele Hersteller die Marketing-Führerschaft von Händlern und arbeiten eng mit diesen zusammen.

Ein besonders drastisches Beispiel für den Einfluß, den bedeutende Handelsunternehmungen und -organisationen auf die Gestaltung der Produkte nehmen, die sie führen, ist das umfassende Handelsmarkenprogramm des größten Einzelhandelsunternehmers der Welt: Sears, Roebuck & Co.

Gewiß sind die Handelsmarken durch das Vordringen der Selbstbedienung und der Verpackung, durch die Preispolitik der Markenhersteller, durch die Markeninflation (also durch die Vielzahl von Markenartikeln für den gleichen Zweck) und andere Umstände begünstigt worden.

Entscheidend waren und sind aber zwei Tatsachen: Erstens der Wille führender Händler, dem Verbraucher Produkte zu bieten, die nur sie führen; sodann das Bestreben der Zusammenschlüsse, durch ein Programm eigener Marken das Band, das die Gruppe zusammenhält, zu festigen.

Der letzte Satz, mit dem die Untersuchung Angehrns abschließt — „Die volkswirtschaftliche Aufgabe kreativer Produktentwicklung als Träger zusätzlicher Nachfrage und als Garant wirtschaftlichen Wachstums kann nur von den Produktionsunternehmungen und ihren Markenartikeln erfüllt werden“ —, dürfte bereits heute nicht mehr voll haltbar sein; denn der vom Handel ausgehende Einfluß auf die Produktgestaltung erstreckt sich auch auf jenen Bereich, der als „kreativ“ bezeichnet wird, was künftig noch mehr zutreffen dürfte.

Robert Nieschlag, München

Gottfried Finger: Das Wachstum von Unternehmen. Mit einem Beispiel aus der Automobilindustrie. Tübingen 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 111 S.

Finger beginnt seine Untersuchung nach kurzen Bemerkungen über den Begriff „Produktionsunternehmen“ und über die Problematik der Messung des Unternehmenswachstums mit einem Modell, mit dessen Hilfe er zunächst das kurzfristige Wachstum der Produktionsunternehmen und die Schranken erklären will, die es behindern. Solche Schranken sind durch die Nachfragestruktur, die Kapazitäten und die Finanzierungsmöglichkeiten gegeben. Nach einer relativ knappen Untersuchung der langfristigen Möglichkeiten des Unternehmenswachstums folgt ein lesenswerter Überblick über die Theorien des Unternehmenswachstums von *Penrose*, *Mackintosh* und *Albach*. Der größere zweite Teil der Arbeit ist dem Versuch gewidmet, mit Hilfe der im ersten Teil erarbeiteten Werkzeuge den praktischen Fall des Wachstums der Daimler Benz AG zu analysieren.

Für diese Analyse wie auch für die Erfassung der Problematik im ersten Teil wäre m. E. besser gewesen, den Unterschied zwischen dem inneren und dem externen Wachstum der Unternehmen klar herauszuarbeiten. Die Schranken für das externe Wachstum, durch die Zusammenfassung eines Unternehmens mit anderen, sind anderer Art wie die für das innere, dem Finger seine Aufmerksamkeit vorwiegend widmet. Die „Nachfrageschranke“ spielt z. B. kaum eine Rolle, wenn ein anderes Unternehmen erworben wird, um es in der bisherigen Art fortzuführen. Finanzierungsprobleme, die beim inneren Wachstum gelöst werden müssen, lassen sich bei entsprechender Gestaltung des externen Wachstums u. U. umgehen. Beispiele dafür sind die Finanzierungsverfahren bei den amerikanischen conglomerates. Ein ähnliches Resultat läßt sich durch den Aktientausch bei Verschmelzungen erreichen. Die Kapazitätsschranke kann nicht nur durch Investitionen in Sachanlagen, sondern auch durch den Erwerb nicht voll beschäftigter Konkurrenzunternehmen oder anderer Unternehmen geöffnet werden, deren Kapazitäten ohne erhebliche Investitionen umstellungsfähig sind.

Für problematisch halte ich die These, bei gleichem Umsatz seien „die Kosten um so niedriger, je dichter die Schranken aneinander liegen“ (S. 27). Wenn durch Vergrößerung der produzierten Mengen economies of scale nicht zu erzielen sind, spielt die Lage der Nachfrageschranke für die Kostenhöhe keine Rolle, solange diese Schranke nicht erreicht ist.

Der Versuch, den Wirkungen der Schranken auf das Wachstum der Daimler-Benz AG mit Hilfe mathematischer Formeln auf die Spur zu kommen, befriedigt nicht durchweg. So ist es z. B. nach meiner Meinung nicht angebracht, die Nachfrageschranke für ein Mehrproduktunternehmen allein mit Hilfe der gesamten Auftragsbestände und der durchschnittlichen Lieferfristen zu berechnen. Die Auftragsbestände können nicht nur auf eine Nachfrage zurückzuführen sein, die mit

Hilfe der bestehenden Kapazitäten nicht befriedigt werden kann, sondern auch auf Terminaufträge der Kundschaft. Relativ hohe durchschnittliche Lieferfristen schließen nicht aus, daß für einzelne Erzeugnisse die Kapazitäten bei der gegebenen Nachfrage durchaus ausreichen, vielleicht sogar zu hoch sind. Der Versuch, unterschiedliche Erzeugnisse durch Umrechnung in Hubraumeinheiten vergleichbar zu machen (vgl. S. 75 ff.), kann unter solchen Umständen nicht zu einem brauchbaren Ergebnis führen — es sei denn, die Kapazitäten seien leicht und mit gleichem Ausstoß an „Hubraumeinheiten“ umstellungsfähig, was in der Kraftfahrzeugindustrie wohl kaum durchweg der Fall sein dürfte. Bei der Behandlung der Bedeutung der Kapazitätsschranke für den zu untersuchenden Fall werden die Verbesserungsinvestitionen übersehen. Die Annahme, „daß der mit einem bestimmten Kapitalbetrag erzielte Umsatz diesem proportional ist“ (S. 88), gilt nur für die multiple Betriebsgrößenvariation im Sinne *Gutenbergs*.

Bei einer verhältnismäßig vorsichtigen Investitionspolitik wie der von Daimler-Benz spielen häufig Zweifel über die Nachhaltigkeit der Nachfrageerhöhung eine wesentliche Rolle. Das schließt aber keineswegs Wachstumssprünge aus. Wenn der Vorstandsvorsitzer von Daimler-Benz 1959 der Meinung war, in dem folgenden Jahrzehnt werde die Nachfrage um 50 % steigen, brauchte er die Kapazitäten nicht jährlich um 4 % zu erhöhen. Es war auch durchaus folgerichtig, die vorsichtige Nachfrageschätzung zu korrigieren, nachdem man sah, daß dazu Anlaß bestand (vgl. S. 108).

Es wäre falsch, aus diesen kritischen Bemerkungen zu schließen, die Arbeit enthalte nicht interessante Gesichtspunkte und fruchtbare Ansätze. Man mag sich allerdings fragen, ob die — zumal in dem zu analysierenden praktischen Fall — gewonnenen Ergebnisse einen solchen Aufwand an mathematischen Formeln rechtfertigen. Finger schreibt, *Albachs* Theorie habe gegenüber den übrigen von ihm dargestellten „den Vorteil, daß sie mathematisch formuliert ist“ (S. 43). Für die Beurteilung einer ökonomischen Arbeit kommt es aber nicht auf die angewandte Methode, sondern auf ihre Ergebnisse an. *Penrose* hat sich bei ihrer Arbeit bezüglich der Anwendung der Mathematik Zurückhaltung auferlegt. Nichtsdestoweniger hat sie einen wesentlichen Beitrag zur Theorie des Unternehmenswachstums geleistet. Vielleicht wären auch Finger noch interessantere Feststellungen gelungen, wenn er weniger Zeit für mathematische Formeln verwandt und damit vielleicht Zeit für das Überdenken der komplexen Zusammenhänge gewonnen hätte.

Hans Otto Lenel, Mainz

Alfons Steiner: Interregionale Verkehrsprognosen. Göttingen 1966. Vandenhoeck & Ruprecht. 236 S.

„Die Fragen der wissenschaftlich begründeten Wirtschaftsprognose sind in jüngster Zeit im deutschen Sprachraum immer häufiger diskutiert worden ... Um so erstaunlicher ist es, daß bis heute eine systematische Prüfung der für Prognosen als geeignet geltenden Methoden

auf ihre Anwendbarkeit bei Verkehrsprognosen fehlt. Alle bisher zu diesem Thema erschienenen Arbeiten vernachlässigten entweder die für die Investitionsentscheidungen im Verkehrssektor wichtigen interregionalen Beziehungen oder verwandten kritiklos Methoden, die den interregionalen Interdependenzen zwar gerecht werden, ursprünglich aber für ganz andere Fragestellungen konzipiert waren. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich die Aufgabenstellung der vorliegenden Untersuchung. Es werden in dieser Arbeit Methoden, die die interregionalen Interdependenzen einer Volkswirtschaft sichtbar machen können, auf ihre Anwendbarkeit auf Verkehrsprognosen geprüft.“ Leider hat „der notwendige statistische und rechnerische Aufwand“ es dem Verfasser verwehrt, „die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Methoden“ konkret zu demonstrieren, so daß die vorliegende Arbeit sich auf „theoretische Erörterungen des Sachzusammenhangs“ beschränkt. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die interregionale Input/Output-Analyse und die Gravitationsmodelle. Nur die allerdings sehr kurz behandelten Partialanalysen halten der schonungslosen Kritik des Autors einigermaßen stand. Das Fazit dieser sehr negativen Analyse wird im letzten Satz gezogen: „Allen wissenschaftlichen Prognosemethoden wird jedoch immer eines gemeinsam sein; die Entscheidung, ob die aus der Vergangenheit abgeleiteten Beziehungen der ökonomischen Variablen auch für die Zukunft Gültigkeit haben, ist wissenschaftlich nicht zu begründen.“

Gerade hier aber setzt die positive Arbeit des Theoretikers ein, der Prognosen stellen will, auf der Basis des besten verfügbaren Instrumentariums. Daß gewisse, aus der Vergangenheit abgeleitete Strukturen dabei auch als für die Zukunft gültig angenommen werden müssen, ist notwendige Arbeitshypothese. Sicher ist der Kritik des Verfassers insoweit zuzustimmen, als die der Prognose zugrunde liegenden theoretischen Modelle widerspruchsfrei sein müssen und dem Stande des theoretischen Wissens entsprechen sollten. Vor Perfektionismus sollte man sich aber hüten. Vereinfachungen, auch solche, die streng theoretisch nicht zu begründen sind, werden stets geboten sein. Aber was sind „vertretbare“ Approximationen? Nur die Praxis kann das lehren. Daher sind für denjenigen, der eine tatsächliche Prognose machen soll, die „counsels of perfection“ nicht mehr als ein irrelevantes Spiel. Natürlich ist die Konstanz der Struktur nicht wissenschaftlich zu begründen. Aber der gute und der schlechte Prognostiker unterscheiden sich hauptsächlich darin, welche Strukturen sie als konstant zugrunde legen. Dieser Teil ökonomischer Analyse bleibt Kunst, die Kunst des Möglichen, von der der perfektionistische Standpunkt dieses Methodenbuches meilenweit entfernt bleibt. Martin J. Beckmann, München

Albert Schmitz: Als-Ob-Tarife und optimale Verkehrscoordination. Göttingen 1966. Vandenhoeck & Ruprecht. 24 S.

Durch die spektakuläre Entscheidung des Bundeskabinetts vom Frühjahr 1969, der Saarwirtschaft einen Wasserstraßenanschluß zu ge-

ben, hat sich das formaljuristische Problem der Als-Ob-Tarife von selbst erledigt, nachdem die Deutsche Bundesbahn (im Sinne der ihr vom Gesetzgeber aufgetragenen Verpflichtung zu kaufmännischem Verhalten) diese Ausnahmetarife spezieller Art aufgrund der neuen Situation aufgehoben hat. Das ökonomische Grundproblem dieses verkehrspolitischen Tauziehens wurde jedoch nicht beseitigt; aus diesem Grunde verdient die Untersuchung von Schmitz auch heute noch Interesse. Die ökonomische Fragestellung der Als-Ob-Tarife läßt sich, soweit sie grundsätzlicher Natur ist, dreifach untergliedern. Es handelt sich um die staatliche Einflußnahme auf den Wettbewerbsprozeß privatwirtschaftlich orientierter Leistungsanbieter mit kumulativen Folgewirkungen, um die Festlegung von wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen in der Verkehrswirtschaft und um das Investitions- und Preisbildungsproblem im Bereich der Verkehrsinfrastruktur.

Schmitz spricht sich für die Zulassung von Als-Ob-Tarifen aus, wenn sichergestellt ist, daß „die langfristigen sozialen partiellen Grenzkosten einschließlich eines Gemeinkostenzuschlages“ nicht unterschritten und sie nicht von staatlicher Seite erzwungen werden (S. 23). Diese Aussage ist allerdings kaum mehr als eine Leerformel anzusehen, zumal der Verfasser selbst an anderer Stelle auf die Unmöglichkeit einer Ermittlung dieser Kosten im Sinne einer „richtigen“ Erfassung und Abgrenzung hinweist (S. 10), gleichzeitig jedoch Annahmen über den Verlauf dieser Kosten bei Beschäftigungsgradvariationen setzt (S. 19). Es gibt kaum einen anderen volkswirtschaftlichen Leistungsbereich, in dem die Bindung der Preise an bestimmte Kostenkategorien mit einer vergleichbaren, wenn auch letztlich fruchtlosen Intensität diskutiert wird.

Die fortwährenden staatlichen Eingriffe in den Leistungswettbewerb der Verkehrsträger führen gelegentlich zur Notwendigkeit, Wettbewerbssituationen und -ergebnisse zu simulieren; so auch bei den Als-Ob-Tarifen. Schmitz zeigt die betriebs- und volkswirtschaftlichen Grundtatbestände dieses Sachverhaltes auf. Der Leser vermißt jedoch bei der vom Verfasser vorgenommenen sorgfältigen Abwägung der zahlreichen Einzeltatbestände die Berücksichtigung eines entscheidenden Problemkreises. Die „Verzerrungen“ in der Verkehrswirtschaft resultieren primär aus der Nichtanerkennung der ökonomischen Grundprinzipien auch in diesem Leistungsbereich. Sie begannen (und beginnen) bei den Investitionsentscheidungen für Infrastrukturkapazitäten und finden ihren stärksten Wirkungsgrad in der weitgehenden Ausschaltung des Preismechanismus. So stellt auch die Kabinettsentscheidung für den Wasserstraßenanschluß der Saar nur ein Glied in der Kette interessenpolitisch bedingter Entscheidungen dar, deren ökonomische Problematik im Zweifel nur als störend empfunden wird. Implizit ist in der Studie von Schmitz eine in den Ansätzen ähnliche Meinung erkennbar. Sie hat aber auch nicht dazu beitragen können, die Verkehrspolitik im Sinne einer ökonomischen Orientierung zu beeinflussen.

Gerd Aberle, Köln

Gerd Snoek: Wettbewerbs- und Wachstumsprobleme im internationalen Luftfrachtverkehr. Tübingen 1967. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 111 S.

Über die Entwicklungschancen des Luftfrachtverkehrs im interkontinentalen Verkehr gehen die Meinungen weit auseinander. Während die einen auch für die Zukunft einen beträchtlich unter 10 v.H. liegenden Anteil am Weltverkehrsvolumen prognostizieren, sprechen andere davon, daß etwa in der Relation USA—Westeuropa—USA Großraumflugzeuge mit 140 t Ladefähigkeit künftig den gesamten Stückgutverkehr an sich ziehen werden. Angesichts dieser weit streuenden „Prognosen“ begrüßt man die vorliegende systematische Studie mit Dankbarkeit. Sie vermittelt eine Fülle von Entwicklungsdaten und Analysen einzelner Sachverhalte, die für die Expansion des Luftfrachtverkehrs von Bedeutung sind.

Der Verfasser bewertet diese Determinanten vornehmlich unter dem Aspekt des externen Wettbewerbs, dessen Preis- und Qualitätsparameter einer sorgfältigen Überprüfung unterzogen werden, und er untersucht sodann den Einfluß der Wettbewerbspolitik der Luftverkehrsgesellschaften auf die zukünftige Entwicklung des internationalen Luftfrachtverkehrs. Ihre Grundlage, Kostenstrukturen der verschiedenen Betriebsformen sowie die Ratenysteme, wird mit Hilfe von ICAO-Unterlagen ausführlich dargelegt. Snoek kommt zu dem Ergebnis, daß die „Tarifstruktur im Nordatlantik ... den Erfordernissen des Nur-Frachtverkehrs an die Preisbildung im internationalen Luftfrachtverkehr sehr weitgehend entgegen“ kommt (S. 101). Eine Prognose des „preisbedingten Wachstums“ auf der Basis alternativer Ratenreduktionen beschließt die Studie. Die Prognose wird mit Hilfe eines von der ICAO für den Zeitraum von 1951 bis 1961 ermittelten Elastizitätskoeffizienten durchgeführt (S. 47 f.). Ob man allerdings mit dem Verfasser auch für prognostische Zwecke davon ausgehen darf, „daß die von der ICAO ermittelte Elastizitätsformel einen brauchbaren Annäherungswert für die Abhängigkeit der Nachfrage im internationalen Luftfrachtverkehr von den durchschnittlichen Luftfrachtraten darstellt“, scheint mir zumindest im Hinblick auf die Entwicklung des Seecontainerverkehrs zweifelhaft.

Eine interessante Studie, die der Leser nicht ohne Gewinn aus der Hand legen wird.

Hellmuth St. Seidenfus, Münster